

Till Mansmann

(A) denn am Ende stehen natürlich Steuererhöhungen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Für die Reichen! Nicht für die ärmeren Menschen! Da sollen die Steuern gesenkt werden!)

Die Jobs, die Sie schaffen wollen, werden an anderer Stelle unglaublich teuer erkaufte werden. Auch in Ihren Nebensätzen verkünden Sie Teures und, wie ich finde, Interessantes. Sie schlagen zum Beispiel mal wieder vor, den Mindestlohn auf 12 Euro anzuheben.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ja, unbedingt!)

Da der Mindestlohn ja gesetzlich geregelt ist, würde mich interessieren, wie Sie das eigentlich machen wollen. Er wird ja von einer Expertenkommission ermittelt, und auf der Basis dieser Ergebnisse vom Staat verordnet. Kriegen die unabhängigen Experten dann eine Vorgabe, wie die Expertise auszufallen hat? Oder besetzen Sie die Kommission so oft neu, bis es politisch passt und das herauskommt, was aus Ihrer Sicht herauskommen soll?

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Würde ich Ihnen gerne erklären! Aber die Präsidentin möchte keine Zwischenfragen!)

Das sind Anzeichen, die zeigen, dass Sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben.

(Beifall bei der FDP)

Was machen wir nun mit diesem Antrag?

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Zustimmung!)

(B)

Die Staatsministerin für Digitalisierung, Dorothee Bär, hat an dieser Stelle einmal von Flugtaxi gesprochen, und in diesem Sinne würde ich sagen: Wir schicken ihn mit einer Zeitmaschine ins 20. oder besser noch ins 19. Jahrhundert; denn da kommt er her.

(Sabine Zimmermann [Zwickau] [DIE LINKE]: So ein Blödsinn!)

Mit genau solchen Rezepten haben wir vor 40 oder 50 Jahren unser Land in eine große Arbeitslosigkeit geführt und es erst richtig reformbedürftig gemacht. Liebe Kollegen von der Linkspartei, kommen Sie im 21. Jahrhundert an!

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen auf dem Arbeitsmarkt Flexibilisierungen und nicht die Erstarrung in staatlichen Mammutprogrammen von gestern.

(Zuruf der Abg. Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Digitalisierung ist die Herausforderung, die uns die Möglichkeiten gibt, den Arbeitsmarkt weiterzuentwickeln, und das ist genau das Gegenteil dessen, was Sie tun. Da wir keine Zeitmaschine haben, verweisen wir diesen Antrag in den Ausschuss.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

(C)

Vielen Dank, Till Mansmann. – Nächster Redner: Stephan Stracke für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

Werte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Linken leben erkennbar in einem anderen Land.

(Zuruf der Abg. Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist, anders als die Linken glauben machen wollen, in bester Verfassung.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie doch mal mit den Langzeitarbeitslosen!)

Er ist so aufnahmefähig wie ein Schwamm. Wir haben die beste Arbeitsmarktlage seit der Wiedervereinigung. Der Weg zur Vollbeschäftigung ist vorgezeichnet. Vor allem profitieren die Langzeitarbeitslosen davon.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Komisch: Das sind zwischen 800 000 und 1 Million!)

Wenn man es vergleicht, so gab es 2008 1,6 Millionen Langzeitarbeitslose, und jetzt gibt es um die 800 000. Stark rückläufig ist vor allem die Zahl jener, die bis zu fünf Jahre ohne Job sind. Es gelingt ihnen verstärkt, in den Arbeitsmarkt hineinzukommen. Ich glaube, dies ist eine gute Entwicklung, und genau diese wollen wir verstärken. Deswegen setzen wir uns vonseiten der Union dafür ein, langzeitarbeitslosen Menschen wieder verstärkt Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Daher nehmen wir in dieser Legislaturperiode 4 Milliarden Euro zusätzliches Geld in die Hand.

(D)

Für uns hat die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit einen hohen Stellenwert. Die Debatte ist mit dem Referentenentwurf, den die Bundesregierung, insbesondere Bundesarbeitsminister Heil, vorgelegt hat, eröffnet. Wir brauchen an dieser Stelle sicherlich keine Nachhilfe vonseiten der Linken, zumal die Ratschläge eher als untauglich zu bezeichnen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Unsere Maxime ist bei all dem, was wir uns vorgenommen haben: Die Mittel müssen so effizient wie möglich eingesetzt werden. Die Jobcenter vor Ort brauchen finanzielle Spielräume für eine effektive Betreuung der langzeitarbeitslosen Menschen, und es bleibt dabei: Am Grundsatz „Fördern und Fordern“ halten wir fest. Das war in der Vergangenheit sehr erfolgreich, und es wird auch zukünftig so sein. Mit diesen Grundsätzen lässt sich erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik gestalten.

Vorbild Bayern:

(Lachen der Abg. Kerstin Tack [SPD])

Dort herrscht nicht nur die mit Abstand beste Arbeitsmarktsituation aller Bundesländer, und aktuell gibt es die niedrigste je in Bayern gemessene Arbeitslosenquote,

Stephan Stracke

- (A) sondern vor allem ist auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Bayern im Vergleich zum Vorjahr im Mai 2018 um rund 7 000 Menschen und damit um 12,2 Prozent gesunken.

Die Gruppe der Langzeitarbeitslosen profitiert am stärksten vom Abbau der Arbeitslosigkeit. Das ist eine erfreuliche Entwicklung, die wir insgesamt verstärken wollen. Insbesondere wenn man sich den Anteil der Langzeitarbeitslosen ansieht: Dieser ist im Zehnjahresvergleich von 36,7 Prozent auf 24 Prozent gesunken. Das ist ein unglaublicher Erfolg, den wir in diesem Bereich zu verzeichnen haben.

Die Erfolge sind allerdings alles andere als selbstverständlich, sondern immer Ergebnis konkreter Politik: Best Practice – von den Besten lernen. Deshalb lohnt sich immer ein Blick in den Freistaat Bayern. Warum ist man dort erfolgreich?

(Lachen der Abg. Kerstin Tack [SPD])

Das bayerische Erfolgsrezept: stabiler und kreativer Mittelstand – Unternehmer sind für uns Vorbilder, nicht Feindbilder – und eine Infrastruktur, die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit fördert und nicht behindert. Das bayerische Erfolgsrezept beim Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit basiert vor allem auf einem Ansatz, den bereits mein Kollege erwähnte: der ganzheitliche Ansatz; denn mit diesem wird nicht nur der Arbeitslose, sondern rechtskreisübergreifend die gesamte Familie in den Blick genommen.

- (B) Deswegen wurde jetzt in Bayern das Gesamtkonzept CURA auf den Weg gebracht, bei dem es um das Bedarfsgemeinschafts-Coaching geht. Verkürzt formuliert: Die Mitarbeiter der Jobcenter und des Jugendamtes arbeiten in einem Projektteam zusammen und betreuen den Arbeitslosen und damit auch die gesamte Familie unter einem Dach – mit dem Ziel, die Lebenssituation zu stabilisieren und Hindernisse und Hemmnisse abzubauen. Genau das wollen und werden wir auch weiterhin ausbauen. Die bayerischen Projekte finden ja auch bundesweit immer mehr Zuspruch. Deshalb ist für uns dieser Punkt auch von so zentraler Bedeutung.

Es ist beachtlich, dass die Linken diesem Punkt überhaupt keine oder nur eine sehr unterbelichtete Rolle zusprechen. Es ist aber dringend erforderlich, dass wir auf Bundesebene jetzt die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den ganzheitlichen Ansatz bundesweit einzuführen. Der Koalitionsvertrag spricht hier eine deutliche Sprache. Dafür setzen wir uns als CSU ein. Mit „Einmal Hartz IV, immer Hartz IV“ finden wir uns nicht ab. Wir wollen Schluss machen mit Hartz-IV-Karrieren, die sich vererben, und wir wollen auch mehr Geld für die Jobcenter bereitstellen, damit die Betreuung und Begleitung von Langzeitarbeitslosen noch besser gelingt. Insofern sind wir uns sicher: Wir werden den Referentenentwurf des BMAS sicherlich noch substanziell verbessern. Aber das Anliegen, dass wir die Situation von Langzeitarbeitslosen verbessern wollen, eint uns.

Herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Stephan Stracke. – Nächste Rednerin: Kerstin Tack für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Kerstin Tack (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, alle Fraktionen hier im Bundestag sind angesichts der Situation der Langzeitarbeitslosen besorgt. Deshalb ist es gut, dass wir in dieser Legislatur nun schon zum dritten Mal über dieses Thema diskutieren. Die Aufmerksamkeit für diese Zielgruppe ist besonders wichtig ist, und deshalb ist es gut, dass wir sie als Koalition in den Blick nehmen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Frank Heinrich [Chemnitz] [CDU/CSU])

Liebe Sabine Zimmermann, auch wir sprechen nicht von einem supertollen Arbeitsmarkt. Aber es ist schon sehr vermessen, von einer „Massenarbeitslosigkeit“ in Deutschland zu reden. Verglichen mit den Ländern um uns herum, glaube ich, ist das sehr stark abwertend gegenüber all denjenigen, die noch mit ganz anderen Problemen zu kämpfen haben, als wir sie hier in Deutschland haben. Ich glaube, dass es gut wäre, anzuerkennen, dass wir an dieser Stelle wirklich sehr gute Fortschritte gemacht haben. Das Wort „Massenarbeitslosigkeit“ gehört hier nicht in Anträge, auch nicht in Anträge der Linken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

In Ihrem Antrag schlagen Sie ein Konzept vor, von dem Sie sagen, dass Sie es in fünf oder zehn Jahren umsetzen wollen – immer unter der Maßgabe, dass Sie einmal mitregieren. Was tun Sie? Sie sagen: Erst einmal brauchen wir ein Steuerkonzept, das wir umsetzen und das seine Wirkung entfaltet, bevor wir mit Langzeitarbeitslosen im Programm mit immerhin 180 Milliarden Euro weiterarbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der komplette Bundeshaushalt umfasst Einnahmen in Höhe von 330 Milliarden Euro. Sie möchten ein Steuerkonzept, das den Bundeshaushalt um ein Drittel seiner jetzigen Einnahmen erhöht, mit Steuermaßnahmen für Bund, Länder und Kommunen. Herzlichen Glückwunsch zu einer Maßnahme, die, glaube ich, nicht einmal im Ansatz geeignet ist, um auf Kommunen entlastend oder gemeinsam konzeptionell zu wirken. Ich glaube, dass man an dieser Stelle mit einem Steuerversprechen von 120 Milliarden Euro eher Kopfschütteln denn Akzeptanz auslöst.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dann sagen Sie: Erst einmal wollen wir noch die Verfassung ändern. – Kann man ja machen. Sie schreiben das natürlich nicht, weil Ihnen wahrscheinlich nicht klar ist, was die Umsetzung von Teilen Ihres Antrages bedeutet. Wenn Sie sagen, Sie wollen ein Vetorecht für die Beiräte vor Ort, dann sagen Sie doch auch: Wir möchten die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verändern. – Oder sagen Sie: Oh, das haben wir nicht gewusst.